

# Welt- und Tageblatt

Nr. 476

und Handels-Zeitung

Verlag: Carl Neubauer, Leipzig. Druck: Rudolf Mosse, Berlin.

## Das kommende Kabinett Bonar Law.

### Einberufung einer konservativen Parlamentarierkonferenz durch Bonar Law.

Baldige Bildung des Kabinetts. — Der Zeitpunkt der Parlamentsauflösung noch nicht bestimmt.

London, 20. Oktober. (W. T. W.)

Gestern Abend wurde von befreundeter Seite mitgeteilt, dass Bonar Law dem König mitgeteilt hat, dass es notwendig sein werde, die unionistischen Mitglieder des Unterhauses wie des Oberhauses zu einer Versammlung einzuberufen, damit diese die Verantwortung für die Bildung des Kabinetts übernehmen. Heute wird gemeldet: die konservativen Mitglieder beider Häuser des Parlaments werden zu einer Konferenz einberufen werden, die wahrscheinlich am Sonntag oder Montag stattfinden wird. „Times“ zufolge ist es sehr wahrscheinlich, dass die Mitglieder des Kabinetts am 24. Oktober gewählt werden. In unionistischen Kreisen wurde es als sicher angenommen, dass die Regierung von Bonar Law innerhalb weniger Tage gebildet wird. Der genaue Zeitpunkt der Auflösung des Parlamentes ist weniger sicher, da dies bis zu einem gewissen Grade von der Zeit abhängt, die zur Ratifizierung des irischen Vertrages notwendig ist. Man ist der Ansicht, dass sich kein erster Widerspruch gegen die Bill erheben wird, und dass die nach dem Ausschuss angenommen werden kann. Zu dieser Stelle würde eine Auflösung unmittelbar der Bildung der neuen Regierung folgen. Der politische Mitarbeiter der „Daily Chronicle“ schreibt, dass in einer konservativen Regierung unter Bonar Law Führung für den Abgeordneten Baldwin in Aussicht genommen ist. Auch Lord Curzon, Regierungsminister, erhalten ebenfalls einen Posten im Kabinett. Einem anderen Mitglied angeboten werden, jedoch nicht der des Außenministers. Der parlamentarische Mitarbeiter der „Daily Express“ meint, Lord Curzon würde zweifellos bereit sein, auf jeden Fall gewilligt unter Bonar Law zu dienen. „Daily Mail“ zufolge wird erwartet, dass Bonar Law beabsichtigt wird, die Regierung eine Zeitlang zu führen, ehe er zu gesundheitlichen Überlegenheiten, die ihn im Januar oder Februar hindern würden. Die konservativen Partei besitzt eine klare Mehrheit im Unterhaus. Das bisherige Parlament wurde wahrscheinlich zu einer sehr kurzen Sitzung am 14. November zusammenberufen werden und Bonar Law als Premierminister und Lloyd George als Führer der Opposition. Lloyd George bedauert, eine Zentrumspartei aus seinen konservativen Anhängern und einigen der jüngeren konservativen Konventionen zu bilden.

Student of Politics schreibt in der „Daily Chronicle“, aus dem Munde der Reaktion wurde vielleicht eine neue Partei entstehen, die liberale und konservative Elemente der Reaktion vereinigen werde. Der politische Korrespondent der „Westminster Gazette“ berichtet ebenfalls, dass Lloyd George und seine Einseitiger Anhänger daran, eine neue Zentrumspartei zu bilden. Lloyd George bereite einen Appell an das Volk vor. Der politische Korrespondent der „Daily News“ schreibt, es könne Grund zu der Annahme, dass Chamberlain, Balfour, Horne und George Bee beschaffter, ihre politische Zukunft mit der Lloyd Georges zu verbinden. Die Hauptrollen Lloyd Georges, darunter Chamberlain, Balfour, Birkenhead, jedoch nicht diejenigen, die sich auf der getragenen unionistischen Konferenz gegen die Koalition ausgesprochen haben, haben ein Schreiben an die Kritik gerichtet, in dem sie ihre Gründe dafür angeben, warum sie die auf der Konferenz gefasste Entscheidung nicht angenommen haben. In dem Schreiben Balfours wird Lloyd George hohe Anerkennung gezollt und erklärt, es hätten keinerlei Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen und Lloyd George bestanden. Man verlange jetzt von ihnen, sie sollten Lloyd George lassen fallen, sie weigerten sich jedoch, dies zu tun. Die Unterzeichner blieben nicht, was sie gemeint seien. Konservative und Unionisten, und seine konservativen Regierung brauche eine parteiübergreifende Opposition von ihrer Seite zu bestreiten. Sie könnten jedoch nicht glauben, dass die Grundstoffe, die sie mit der Mehrheit der auf der konservativen Konferenz Anwesenden teilen, auf dem Wege, die die anderen unterstützen sie zu verfolgen, gefördert werden könnten.

## Die Sitzung im Carlton Club.

London, 19. Oktober. (W. T. W.)

Von der Vermittlungssitzung der Konservativen im Carlton Club werden noch folgende Einzelheiten berichtet. Im Beginn der Sitzung gab Chamberlain eine Erklärung im Sinne seiner Rede in Birmingham von letzten Freitag ab und sprach zugunsten der Aufrechterhaltung der Koalition, die nach seiner Ansicht der letzte dem Wohlgeheimen entgegenstehende Schritt ist. Er gab klar und deutlich zu verstehen, dass, wenn man den Rat der unionistischen Führer zurückweisen würde, die letzteren eine beratende Jurisdiction nur als einen verhängnisvollen Fehler betrachten könnten. Die Rede Chamberlains wurde nicht aufgenommen. Der Präsident des Komitees, Baldwin, sprach sich unbedingte gegen die Beibehaltung der Koalition und für die Rückkehr der konservativen Partei zur völligen Unabhängigkeit aus. Die Zustimmung Bonar Law befreite die letzten Bedenken derer, die sich schämten. Die Schlussfolgerungen seiner Rede wurden mit langanhaltendem Beifall aufgenommen. Der Hauptentscheidende der Unionisten, Leslie Wilson, teilte mit, dass er die Beibehaltung der Koalition mit einem konservativen Premierminister einverstanden sei. Balfour wurde mehrmals während seiner Rede unterbrochen.

## Frankreich und der Rücktritt Lloyd Georges.

„Lloyd George hat sich selbst geküsst.“ — Die Frage der künftigen Außenpolitik Englands.

(Telegramm unferes Korrespondenten.)

Paris, 20. Oktober.

Die Artikel der französischen Zeitungen zum Rücktritt Lloyd Georges sind bis zwei oder vier, in denen ein harter Satz gegen den bisherigen Leiter der englischen Politik zum Ausdruck kommt, alle auf den gleichen Ton geklungen. Der Lloyd George der Kriegsjahre wird von Lloyd George nach dem Abschluss des Friedens getrennt. Im Krieg habe Lloyd George alles getan, um die Einheit der Entente zu erhalten; im Frieden sei er bemüht gewesen, die Einheit zu zerbrechen, indem er sich in den wichtigsten Fragen von Frankreich trennte. Dieses innere Verhältnis zu den französischen Alliierten sei, so lautet die Kritik im „Recht Parisien“, der eigentliche Grund, der seinen Sturz herbeiführte, nicht die Unzufriedenheit mit seiner Außenpolitik, sondern die Unruhe, die sein Schwanken und seine Widersprüche hervorgerufen hätten. „Lloyd George hat sich selbst geküsst“, sagt Milet weiter. „Er war der erste, der das Wort „Bruch der Entente“ drohend ausgesprochen hat. Sein englischer oder französischer Staatsmann darf nicht ungeprüft die Härte Notwendigkeit immer Zeit überlegen: das notwendige Zusammengehen Englands und Frankreichs, ohne das kein Frieden der Welt möglich wäre, haben sie. Die unversöhnliche Feindschaft, die Lloyd George den Franzosen im Krieg geleistet hat, werden jedoch niemals von den Franzosen verzeihen werden.“ In diesem Sinne urteilen auch die meisten anderen Zeitungen. Das „Journal“ nennt den Sturz Lloyd Georges ein internationales Ereignis, das nur mit dem Sturz Bismarcks verglichen werden könne, nämlich die Verdienste des Staatsmannes und die Unfähigkeit, die er Frankreich bereitet habe. Der „Journal“ will die Unzufriedenheit nicht verhehlen, stellt aber mit Bedauern fest, dass Lloyd George, der so viel für Frankreich getan habe, ein Gegner Frankreichs geworden sei. Sein Rücktritt müsse einen günstigen Einfluss auf die Beziehungen beider Völker ausüben. Dieser Meinung sind andere Zeitungen nicht. „Machen wir uns keine Illusionen“, schreibt das „Recht Journal“. „Wir dürfen nicht auf eine große Revolution der englischen Politik zählen. Die Ängstlichen verabschieden, die Probleme bleiben.“ Auch der „Figaro“ warnt vor Illusionen, weder in der Gegenwart noch in der Zukunft zu erwarten. Lorden spricht sich im „Recht National“ sehr vorsichtig aus. Er hält es nicht für ausgeschlossen, dass Lloyd George einmal wieder zu sprechen kommen werde. Er würde das Gefühl der englischen Wähler ablesen, wenn sie sich über die wichtige Änderung der Situation äußern. Baldwin in der „Action Française“ und Emile Buret in „Recht“ werden „Lloyd George belohnt seine Unentschiedenheit“. Er war ein lebendiger Widerspruch“, schreibt Baldwin. Die Gruppe republikanischer Zeitungen, wie „Leuvre“ und „Le Nouvelle“ und „Contre“ und andere, spricht nicht von den Verdiensten Lloyd Georges als Mann, sondern von den Verdiensten als Mann der Sache und die Zukunft am liebsten zum Ausdruck. Zoggen bekennt die Zeitungen die Lloyd George von sehr viel betäubten, der „Matin“ und Eugen Cantier im „Nouvelles“, noch einmal die bittere Feindschaft, die sie gegen diesen Mann erfüllt. Auf immerwiederholend überdrückt der „Matin“ einen Artikel, und Cantier schließt mit dem Nachsatz: „Es ist ein Verbrechen an der Menschheit, wenn ein englischer Premierminister, ein Leiter der Weltpolitik sein Amt niederlegt.“ In der Nummer waren die Artikel erheblich vorwärts. Schon gestern berichtete ich über den ersten Eindruck, wie er mit unmittelbarer noch dem Eintreffen der Nachrichten in Paris geschildert wurde. Heute wird dieser Eindruck durch eine Reihe von Interviews parlamentarischer Persönlichkeiten bestätigt. Die vom „Recht“ bewerteten wurden. Leagues erklärte, dass Lloyd George niemals ein Feind Frankreichs gewesen sei. Vaughan sagt, es sei völlig verfehlt, wenn Franzosen sich über den Sturz Lloyd Georges freuen. Lloyd George besitze noch immer eine große Majorität. Nach den Wahlen könne die Situation sich zu seinen Gunsten ändern. Keiner seiner Nachfolger würde die Linie der englischen Außenpolitik verlassen. Die Lloyd George verfolgt habe. Lloyd George habe immer die Interessen seines eigenen Landes verfolgt. Es sei nicht, ihm daraus einen Vorwurf machen zu wollen. Mithras lauten die Meinungen Rainbows und Charles Bernard, (Vorwärts) er kann morgen wieder da sein“ und anderer. Die Sozialisten unter den Republikanern reden bereits auf einen Sieg der englischen Arbeiterpartei. Eine gewisse Genugtuung zeigt sich nur bei den Freunden der Regierung, die in dem Rücktritt Lloyd Georges einen Triumph Bonar Law erkennen wollen. Die meisten Republikaner urteilen mit großer Zurückhaltung und erklären, dass ein Urteil über die Folgen des Rücktritts Lloyd Georges für Frankreich erst nach dem Wahlergebn gegeben werden könne. Die vorläufige Wahl Bonar Law zum Nachfolger des Premierministers wird mit Bedauern der Hoffnung beraubt, denn aber die rechte Partei hätte. Bonar Law ist ein erstklassiger Freund Frankreichs“, schreibt Fernand im „Recht Parisien“. „Seine beiden Söhne sind im Krieg gefallen, sein Zwillingssohn ist der General Eden, einer der Chefs der britischen Luftstreitkräfte, ein Held, tapfer, mutig, gibt er nicht leicht sein Wort. Aber wenn er einst verprochen hat, dass man sich auf ihn verlassen. Wir dürfen von einem solchen Namen erwarten, dass er das Rütteln tun wird, um die Entente cordiale wieder herzustellen. Aber erst muss er die Wahlschlacht gewinnen, in der Lloyd George mit Leidenschaft kämpfen wird, nachdem er von der linken Seite betreten ist.“

(Siehe auch Seite 3.)

## Oberösterreichische Wahlen.

Von (Nachdruck verboten.)

Dr. Herschel (Bressan), Mitglied des Reichstags.

In Oberösterreich wird gegenwärtig fortwährend gewählt, und zwar diesseits und jenseits der neuen Grenze, deren Festlegung gerade vor Jahresfrist durch das Genfer Diktat erfolgte und deren Unmöglichkeit die letzten Ereignisse wieder klar bewiesen haben.

Am 3. September wurde in Deutsch-Oberösterreich über die Wahlen die Abstimmung am 24. September erfolgte in der Wojewodschaft Wahlen zum österreichischen Sejm dem dortigen Provinzialparlament. Am 5. November wird dort zum Sejm und zum Wärschauer Sejm gewählt. Der ersten und zweiten Kammer der Republik Polen. Schließlich geht West-Oberösterreich am 19. November für den Wahltag die preussische Landesparlamentierung und der Provinzialparlamentierung ab, und wenn der Wahltag so beschließt, wird am 3. Dezember nach der Reichspräsidenten neu gewählt.

Die Wahlen, in der wir also gerade stehen, eignen sich zum Rückblick und Ausblick auf die Wahlen unter größeren Gesichtspunkten.

Die vergangenen wie die kommenden Wahlen sind und sind diesseits und jenseits der Grenze im Zeichen des nationalen Gegenüberstehens der abgeleiteten Stimmen abgeleitet. Mehr als zwei Drittel aller Wahlberechtigten übernahm stimmten damals für Preußen. Die Wahlenthaltung, welche die Polen vorgezogen hatten, sind nur wenig Anhänger, ebensowenig der eigene Bundesstaat nach der Stellungnahme des Zentrums auf der Vertretungsmannerversammlung in Karlsruhe vom 17. Juli.

Die Deutschen haben bisher gut abgelehnt. Die Wahlen am 24. September wurde am 2. September mit über neunzig Prozent der abgegebenen Stimmen abgelehnt. Mehr als zwei Drittel aller Wahlberechtigten übernahm stimmten damals für Preußen. Die Wahlenthaltung, welche die Polen vorgezogen hatten, sind nur wenig Anhänger, ebensowenig der eigene Bundesstaat nach der Stellungnahme des Zentrums auf der Vertretungsmannerversammlung in Karlsruhe vom 17. Juli.

Die Deutschen haben bisher gut abgelehnt. Die Wahlen am 24. September wurde am 2. September mit über neunzig Prozent der abgegebenen Stimmen abgelehnt. Mehr als zwei Drittel aller Wahlberechtigten übernahm stimmten damals für Preußen. Die Wahlenthaltung, welche die Polen vorgezogen hatten, sind nur wenig Anhänger, ebensowenig der eigene Bundesstaat nach der Stellungnahme des Zentrums auf der Vertretungsmannerversammlung in Karlsruhe vom 17. Juli.

Ein solches Zeichen ist, dass Bonar Law am besten abgelehnt (achtzig Sitze). Die Partei von Billo hat keine großen Erfolge bei der Wahl, der Wojewode Kanner auch nicht. Er wird sie kaum halten können. In der Vertretung verstand wohl die Schließliche Volkspartei des Regenten Zunkhardt in Admon, die durch Namensverwechslung die Katholische Volkspartei imponieren sollte. Wenig Erfolg hatten auch die Kommunisten, die man nicht agitierten ließ.

Die Lehren der Wahl haben nicht zu einem einheitlichen Vorgehen der Deutschen für den 5. November geführt. Wahrscheinlich auf Betreiben der Reichs Genossen haben es die Sozialdemokraten wiederum abgelehnt. Die beiden Bürgerpartei haben gegen „Deutscher Block“ in den Kampf. Im Sinne erhofft sie jedoch nur einen Sieg. Dafür ist der frühere Reichslandsabgeordnete Schult Zeiliger als Kandidat ausgerufen. Im Wärschauer Sejm erhofft man dagegen mehrere Mandate. Zeitgenosse des Blocks ist dort der frühere Landtagsabgeordnete Freiherr v. Reichenstein in Bürgersdorf (Kreis Ried), Vorsitzender des Deutschen Volksbundes. Hoffentlich hat das Zusammengehen auch günstige Wirkungen für die Deutschen außerhalb des Parlamentes in Ost-Oberösterreich.

Das Hauptinteresse nehmen natürlich die Großmächte in West-Oberösterreich vom 19. November in Antwerpen. In nationaler Hinsicht darf der Ausgang der Sejmwahl immerhin als gutes Vorzeichen gelten, obwohl die Verhältnisse hier und da verwickelt sind. Wahrscheinlich werden die Polen wieder Reichslandtagsabgeordnete schicken. Es wäre unentscheidend, wenn deutsche Kandidat in geringer Zahl zurückblieben. Der Zustand würde eine solche sofort als großen politischen Erfolg buchen. In jeder deutschen Partei muss schon aus diesem Grunde stark gewählt werden. Vielleicht stellen die Polen aber doch noch eigene Kandidaten auf. Somit werden sie wohl zum kleineren Teil zu den Kommunisten, zum größeren zu der Katholischen Volkspartei abstimmen.

Bereits hat die Agitation stark einseitig. Insbesondere betreiben die Deutschen in Galizien die Unzufriedenheit nachdrücklich. Sie wollen einen katholischen Geistlichen aus der Kattöberer Gegend zum Spitzenkandidaten machen. Das soll ein Gegenargument gegen den Vorstehen der Katholischen Volkspartei, kanonikus Miska, M. D. S., sein und Katholiken als Wähler anziehen. Namentlich wird der II. Lage wird auf dem Lande gearbeitet. Gut bezahlte